

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1,50 Mk. z. Einzelnummern 10 Pf.
Cicilonto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenburg
Zürich. Wildb. z. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Bel.
Gäberle & Co. Wildbad. z. Postfachkonto Sautz. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundst. 15 Bg., auherb. 20 einse.
Inf.-Steuer. Restamezeile 40 Bg. z. Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Anstufung werden jeweils
70 Bg. mehr berechnet. z. Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. z. In Konturfällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptchriftleitung Theodor Gae. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Kammer 140

Februar 179

Samstag, den 19. Juni 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Politische Wochenschau

Siphosus mußte wegen seiner Ungerechtigkeiten in der Unterwelt ein Felsstück auf einen Berg wälzen, von dessen Gipfel es immer wieder herabrollte. Also auch der Völkerbund. Damit soll nicht etwa Genf mit der Unterwelt verglichen sein. Im Gegenteil, es mag jetzt an den Gestaden des Genfer Sees wunderbar sein, so schön, daß Briand und Cambérlain, obwohl sie in ihrer Heimat dringenderes zu schaffen hätten, gerne einen Erholungs-Ausflug nach Genf machten.

Aber jedenfalls ist die Abrüstungsarbeit nicht bloß eine Komödie, wie sie Tschitscherin nannte, sondern eine unfruchtbare Siphosusarbeit. Der amerikanische Botschafter Haughthorn hatte über die vorbereitende Abrüstungskonferenz die bedeutungsvolle Prophezeiung gesprochen, „sie werde zusammentreten, um Ideen zu erörtern, in denen eine Einigung nicht gewünscht noch erwartet wird. Ideen, die mit Vorbedacht vorgebracht werden, um mit Sicherheit zu einem Scheitern der Beratungen zu führen.“ Genau nach diesem Rezept arbeiten zurzeit die 50 Offiziere der „Ante-Commission“. Sie studieren, soweit ihnen die Vergünstigungen in Genf Zeit übrig lassen, an dem Begriff der „Friedensrüstungen“. Wahrscheinlich wird das Ergebnis ihrer schwierigen Untersuchungen sein, daß die Förster, die Polizei und die Gendarmen auch zur „Friedensrüstung“ gehören, daß also Deutschland erst dann die Forderungen des Versailler Vertrags (Teil 5) ganz und voll erfüllt habe, wenn es auch diese gefährliche „Friedensrüstung“ abgelegt hätte. Dann erst könnte man eine allgemeine Abrüstung aller Nationen in „wohlwollender Erwägung“ ziehen, natürlich nach dem bekannten Wahlpruch des alten „verrückten“ Bürokratismus: „Ich hab es erwogen, erwäge es noch heute und werde es erwägen in alle Ewigkeit.“

Eine Siphosusarbeit versucht ähnlich ist auch die Beratung der 40. Tagung des Völkerbunds über die Ratserweiterung. Doch gabs dabei auf einmal zwei Ueberrollungen. Brasilien erklärte seinen Austritt aus dem Völkerbund, worüber Amerika hocherfreut ist und welchem löblichen Vorgang die andern amerikanischen Staaten über kurz oder lang nachfolgen werden, damit die Monroe-Doktrin wahr werde: „Amerika den Amerikanern“.

Damit wäre wenigstens ein Geaner unseres Anspruchs auf einen ständigen Ratssitz ausgeschleiden. Weiterhin hat der spanische Vertreter erklärt, er sei mit der Erweiterung der unständigen Ratssitze (9) einverstanden, aber Spanien würde doch nach wie vor einen ständigen Ratssitz beanspruchen, wolle aber, um nicht Spielverderber zu sein, im September überhaupt nicht an den Wahlen teilnehmen.

Also hätten wir einen zweiten Geaner los. Polen freilich beharrt — und Frankreich steht dahinter — auf dem Sak, so gut Deutschland, so gut könne auch Polen einen ständigen Ratssitz verlangen. Inzwischen schafft der bekannte Berliner Vertreter des „Zeit-Parlaments“ Herr Camille Doure, in Frankreich eifrig gegen Deutschland. Früher erzählte er seinen französischen Lesern — wir haben schon davon berichtet — die Deutschen seien tief unglücklich über die Niederlage Abd el Krims, umso mehr, als ihre Generalführer den „Rebellen“ beraten hätten. Jetzt bindet er ihnen den weiteren Bären auf, von Berlin gehe man die Minderheiten in Polen gegen den polnischen Staat auf, führe gegen Polen eine feindliche Politik und schaffe so mit allen Mitteln an einer gefährlichen Spannung in Osteuropa. Natürlich lauter böswillige Lügen.

Elisabeth-Lothringen wird nachgerade ein Sorgenkind Frankreichs, ganz besonders des Justizministers. Derselbe will gegen die Unterzeichner der Kundgebung des „Heimatbundes“ strafrechtlich vorgehen. Namentlich sollen die Beamten und Pfarrer unter ihnen ihres Amtes enthoben werden. Wie stellt man sich dies in Paris vor? Will man Hunderte der angesehensten Persönlichkeiten ins Gefängnis werfen und dann auf die Straße setzen. Oder will Frankreich, in welchem erstmals die sogenannten „Grundrechte“ des Menschen als Grundlage jedes geordneten Staatswesens ausgerufen wurden, endlich auch mit dem wichtigsten Grundrecht, nämlich der Zulassung der Muttersprache, Ernst machen? Auch in Paris sieht man endlich ein, daß mit Gewalt nichts zu machen ist. Schreibt doch der frühere Abgeordnete im „Echo de Paris“: „Man muß der deutschen Sprache einen größeren Raum zuweisen, da die Kinder außerhalb der Schule nur eisförmig reden. Es ist notwendig, daß sie in ihrer Muttersprache, oder wenn sie sonst von ihrer Heimat entfernt sind, mit ihren Eltern korrespondieren können. Die Eltern haben ein Recht, das von uns zu verlangen. Keine Regierung kann ihnen dieses Recht verweigern.“

Ob sich das nicht die künftige Regierung merken wird? Das Kabinett Briand ist nach einer 9tägigen Lebensdauer gestürzt worden. Briand wollte ursprünglich nur den Finanzminister Beret wegen des unausfalligen Frankenturzes ausboosten. Aber seine Kollegen meinten, ein Opfer genüge nicht. Und so hat das ganze Kabinett seine Entlassung nachgesucht und auch vom Präsidenten der Republik erhalten. Briand soll aber als Außenminister weiterhin

Tagesspiegel

Der Völkerbund hat die Beraubung der deutschen Grundbesitzer in Letztland durch die lettische Regierung gutgeheißen.

In Königshütte in Polnisch-Oberschlesien haben Polen eine deutsche Versammlung gesprengt. Die polnische Polizei verjagte vollkommen.

Spanien droht neuerdings wieder mit seinem Austritt aus dem Völkerbund, falls es nicht einen ständigen Ratssitz erhält.

In Portugal ist schon wieder die Regierung gestürzt worden. Der neue Herr ist der General Costa.

hantieren, ja womöglich wieder ein Kabinett Briand (Briand X) formieren; Herriot und Poincaré sollen in das neue „Kabinett der nationalen Verständigung“ einziehen. Sie alle wollen dann zusammen den Franken aus dem Abgrund herauszerren. Eine schwierige Arbeit!

Mussolini entwickelt sich immer mehr zu einem „Bauernschreck“ für ganz Europa. Kaum begann die französisch-spanische Beuteverteilung in Marokko. Flugs meldet sich unser Duce als „Stiller Teilhaber“. Da klopfte England ihm auf die Finger und bedeutet ihm, wegzubleiben, denn das sei eine reine französisch-spanische Angelegenheit.

Eine ähnliche Rolle spielt der „schwarze Mann“ auf dem Balkan. Schon lange ist ihm die „Kleine Entente“ ein Dorn im Auge. Am 17. Juni versammelten sich die Vertreter der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumäniens zur üblichen Jahreskonferenz in Selvedes. Zunächst galt es, das „rumänisch-jugoslawisch-tschechische Defensivbündnis“ auf weitere drei Jahre zu verlängern. Soweit wäre man also ins reine gekommen. In den andern Fragen die die Herren unter Führung von Dr. Benesch (Prag) behandeln wollten, scheint es zu hapern, denn keiner traut mehr dem andern über die Straße. Ueberall steckt Mussolini, der sie tüchtig gegeneinander heßt. Zunächst will er die Kluft zwischen Rumänien und Jugoslawien ganz gehörig vertiefen und namentlich durch Rumänien, dem er eine italienische Anleihe präsentiert, einen maßgebenden Einfluß auf dem Balkan gewinnen. Andererseits wird Jugoslawien von Mussolini möglichst schlecht behandelt, sein Außenhandel über Triest nach Italien dirigiert und Saloniki, das ihm früher von Italien versprochen wurde, nun glatt verweigert. Unter diesen Umständen flüchtet sich Jugoslawien immer tiefer in die Umarmung Frankreichs. Jedemfalls hat die Freundschaft der drei Balkanbrüder ein tiefes Loch bekommen.

In England dauert der Kohlenstreik immer noch weiter. Es geht jetzt in die 7. Woche. Die Zahl der streikenden Bergarbeiter beträgt 1,2 Millionen, die der andern Arbeitslosen 1,6 Millionen, zusammen also 3 Millionen Erwerbslose. Eine furchtbare Tatsache. Die Kohlenverträge gehen zur Reize. Also muß, wenn nicht die Industrie zusammenbrechen soll, eingeführt werden. Inzwischen aber sehen sich die ausländischen Konturrenten in den englischen Absatzgebieten fest. — Auf alle diese großen Gefahren wies der sonst so ruhige Ministerpräsident Baldwin in seiner letzten, ziemlich leidenschaftlich gehaltenen Unterhausrede hin. An dem gesetzlichen Siebenstundentag im Bergbau könne man in der nächsten Zeit unmöglich festhalten. Nur wenn die Bergleute 8 Stunden arbeiten, könne, wenigstens bei der Hälfte, der Ruhrzuschlag weitergewährt werden. Die Arbeiterpartei wollte aber nichts davon wissen. Die Arbeiter seien entschlossen, weiter zu streiken, und wenn der Streik 6 Monate dauern sollte. Das sind sehr trübe Aussichten für England!

Vorige Woche ging es wieder einmal im Reichstag wie im preußischen Landtag mehr als toll zu. Es handelte sich um den Hindenburgbrief. Der Reichskanzler Dr. Marx stellte sich vor den Reichspräsidenten. Der Brief widerspreche nicht dem Artikel 50 der Verfassung. Es sei keine Kundgebung, die der Reichspräsident in unmittelbarer Ausübung der ihm zustehenden verfassungsmäßigen Staatshoheit vorgenommen habe, also bedürfte derselbe auch nicht der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Im übrigen stehe der Inhalt des Briefes in sachlichem Einklang mit der vom Reichskanzler verfolgten und vertretenen Politik.

Das war gut. Nun aber kommt eine merkwürdige Erscheinung. Herr Koch erklärte namens der demokratischen Fraktion, daß diese sich der Auffassung des Reichskanzlers nicht anschließen könne, und sogar Herr v. Guérard gab namens des Zentrums eine Erklärung ab, die wegen des schlechten Tons, mit der das Zentrum von seinem eigenen Führer Dr. Marx abrückte, recht unangenehm auffiel. Das ist nun zum zweitenmal — das erste mal war es bei der Flaggenfrage — daß die Koalitionsfraktionen von ihren eigenen Ministern in aller Öffentlichkeit und Feindschaft sich lossaßen. Wohin muß das führen? Das wäre das Ende des Parlamentarismus, seine völlige Bankrottklärung.

Jedenfalls hat die Regierung diesmal einen klaren, eindeutigen Standpunkt eingenommen. Sie erklärte, daß eine

entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer mit den Grundbesitzern eines Rechtsstaates nicht vereinbar sei. Damit ist der Sinn der ganzen Streitfrage bloßgelegt, die am nächsten Sonntag vom deutschen Volke, und zwar erstmals in der Form eines Volksentscheids, also von 40 Millionen Stimmberechtigten entschieden werden soll. Inzwischen hat der Austritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aus der Demokratischen Partei großes Aufsehen erregt. Auch Dr. Schacht kann die zweifelhafte Haltung seiner Partei in dieser Sache nicht billigen.

So uneinig auch der Reichstag in Sachen der Flaggenfrage und der Fürstenabfindung ist, in einem Punkte zeigte er erstmals eine erfreuliche Einmütigkeit, nämlich in der Annahme des deutsch-russischen Neutralitätsvertrags oder, wie er in der Geschichte heißen soll, des Berliner Vertrags. Sogar die Kommunisten, die getreuen Freunde Moskaus, haben diesmal mitgetan. Wir werden also in Zukunft in „Frieden und Freundschaft“ mit Sowjetrußland leben, nicht etwa aus politischer Wahlverwandtschaft — nein, hierin trennt uns eine weite und tiefe Kluft —, sondern aus Gründen der Wirtschaft. Wir beide große Nachbarn sind nun einmal auf einander wirtschaftlich angewiesen. Bloß brauchen wir uns nicht deswegen gerade alles von den Sowjetherren bieten zu lassen. Selbst wenn England und die andern Mächte nun auch mit Moskau freundschaftlich anbinden wollten, deswegen sind wir schon aus geograph. Gründen um eine Verdiefung ihnen voraus. Man weiß im Kreml recht gut, daß Rußland ohne die deutsche Technik nicht sein kann, selbst wenn die anderen Länder über bessere Finanzen verfügen.

Von Professor Lelling in Hannover kann nachgerade der Kultminister Dr. Becker mit dem König Philipp sagen: „Der Knabe Karl fängt an, mir fürchterlich zu werden.“ Eine Hochschule nach der andern erhebt gegen den undeutschen Jugenderzieher lautesten Protest. Ueberall werden den streikenden Studenten von Hannover die wärmsten Sympathieumgebungen gebracht. Das Lehrerkollegium erlucht den Mann, Hannover zu verlassen. Daselbe tut der Ratstrat der Stadt. Aber Lelling hat eine Elefantenhaut: er bleibt mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache wert wäre.

Neue Nachrichten

Reichskanzler Marx und Kütz gegen den Volksentscheid

Berlin, 18. Juni. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichskanzler Dr. Marx eingehend darüber, wie sich die Regierung zur Enteignung der Fürstenthümer verhält und wie sie sich die Lösung der Frage der Auseinanderlegungen der Länder mit den ehemals regierenden Fürstenthümern denke. Er sagte u. a.: Eine völlige Enteignung kann die Reichsregierung nicht billigen, wie sie schon bei Einbringung des Gesetzesentwurfes beim Reichstag klar zum Ausdruck gebracht hat. Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger, in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundgesetzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlagen für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Nach der verfassungsmäßigen Ueberwindung der Revolution müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unverfehrt bleiben. Zu diesen gehören die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und die Unantastbarkeit des Privateigentums. Will diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates ist die in dem jetzt zur Abstimmung gelangenden Gesetzesentwurf vorgesehene entschädigungslose Enteignung nicht vereinbar.

In einer Unterredung erklärte der Reichsinnenminister Dr. Kütz zum Volksentscheid, daß dieser seinem Charakter nach revolutionär sei und daher abgelehnt werden müsse. Außerdem müsse man bedenken, daß manche Fürsten für Kunst, Wissenschaft und Volkswohlfahrt große Verdienste sich erworben haben.

Südtirol im Elend

München, 18. Juni. Die bayerischen Hochschulen, die Universität Erlangen, München und Würzburg, sowie die Technische Hochschule München erlassen eine Kundgebung an die Hochschulen des In- und Auslandes als den berufenen Hütern der großen geistigen Güter der Menschheit, in der erklärt wird, die genannten Hochschulen wünschten sich nicht in die Politik einzumischen; sie sprächen auch in völliger Unabhängigkeit von den politischen Berretungen des Reichs; sie könnten aber nicht länger dazu schweigen, daß zurzeit in dem von Italien annektierten Teil Tirols eine Unterdrückung und Enationalisierung durchgeführt wird, von der am 27. September 1919 Senator Tittoni im italienischen Parlament erklärte, daß Italien sie verabscheue. Im einzelnen weist der Aufruf die zunehmende Enationalisierung des deutschen Landes durch Dekrete und Strafanordnungen nach und verweist insbesondere auf die Denkschrift von Prof. Herchensteiner über die Schulverhältnisse Südtirols. Die Kundgebung schließt: Die Unterdrückung Südtirols, das mehr als 1000 Jahre zu Deutschland gehört hat, die Ver-

nichtung der Bildung eines uralten Zweiges des deutschen Volkes verleiht die Menschlichkeit und die immer als höchstes Gut angelebte geistige Freiheit in einer Weise, wie sie in neuerer Zeit bei Kulturvölkern nicht vorgekommen ist und widerpricht auch vollständig dem Geiste der Völkerveröhnung. Gegen diese Mißachtung der Menschenrechte erheben wir unsere Stimme. Wir rufen alle Freunde menschlicher Freiheit und Bildung auf, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die deutschen Angehörigen Italiens nach den modernen Grundsätzen des Schutzes nationaler Minderheiten behandelt werden. Es darf nicht sein, daß im 20. Jahrhundert ein großes und geistiges Volk einen Kampf zur Ausrottung der Sprache und Art eines anderen Kulturvolkes führt.

Marg über die Not der Landwirtschaft

Berlin, 18. Juni. Reichskanzler Dr. Marg gewährte einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er über die Lage der Landwirtschaft u. a. folgendes ausführte: Vollster Sorge sieht die Landwirtschaft eine Ernte kommen, die hinter der vorjährigen Ernte wohl zurückbleiben wird, während die Schuldverbindlichkeiten des Landwirts gegenüber dem Vorjahre nicht geringer geworden sind. Es darf nicht dahingehen, daß unter dem Druck dieser schwebenden Schuld der Landwirt, wie es im Vorjahre leider häufig der Fall war, zu einem vorzeitigen Auf-den-Markt-Werfen seiner Ernterzeugnisse zu schleudern gezwungen wird. Die neu errichtete und mit beträchtlichen Geldmitteln ausgestattete Getreidehandels-gesellschaft wird durch ihre Getreidekäufe hier regulierend eingreifen. Ferner ist Vorkehrung getroffen, daß der Landwirt auf Grund seines in sicherem Gewahrsam eingelagerten Getreides Kredite erhält, ohne daß zunächst ein vorzeitiges Auf-den-Markt-Werfen dieser Getreidemengen erforderlich ist. Die Reichsregierung wird bemüht sein, die Herabsetzung des Zinsfußes auch bei den örtlichen Kreditanstalten zur Auswirkung zu bringen. Daneben bleibt es eine Hauptfrage, daß zwischen den Kosten für die Bedarfsgüter der Landwirtschaft und den Preisen ihrer Erzeugnisse ein angemessenes Verhältnis besteht. Unter diesen Gesichtspunkten muß und wird die Zoll- und Handelspolitik zu führen sein.

Der Reichsrat nahm in seiner heutigen Vollversammlung von der Annahme des deutsch-russischen Vertrages und der Vorlage über Gewährung von Darlehen aus den Mitteln der Reichsgetreidebeste zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung die besten Entschlüsse zu erheben.

Kein Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Stuttgart

Stuttgart, 18. Juni. Wir wie erfahren, findet die vorgesehene Besprechung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held mit der württ. Staatsregierung vorläufig nicht statt. Es ist noch unbestimmt, ob und wann Dr. Held nach Stuttgart kommen wird. Ueber das Thema und den Zweck der beabsichtigten Verhandlungen sind von verschiedenen Seiten Nachrichten verbreitet worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Soweit wir erfahren, wird es sich bei den Besprechungen lediglich um den Finanzausgleich handeln. Die Kombinationen, die in verschiedenen Zeitungen an den Besuch geknüpft wurden, als versuche Dr. Held mit der württ. Regierung Vereinbarungen wegen gemeinsamen Vorgehens in föderalistischem Sinne entsprechend der bayerischen Denkschrift zu treffen, sind somit hinfällig.

Eine Abgabe Herriots an Briand?

Paris, 18. Juni. Die Verhandlungen von Briand haben zu keinem Ergebnis geführt, obwohl Poincaré in einer neuerlichen Besprechung mit Briand sich anscheinend für die Uebernahme des Finanzministeriums gewinnen ließ. Poincaré soll sehr weitgehende Vollmachten verlangt haben, die ihm auch Briand zugestanden habe. Außer Poincaré und seiner Gruppe hat Briand auch Louis Martin gewonnen. Die Erfolge des Ministerpräsidenten werden aber völlig aufgehoben durch die Abgabe, die ihm heute abend auf Beschluß der Radikalsozialistischen Partei Herriot erteilt hat. Briand, der anscheinend nicht ein Kabinett aus gewissen Kammergruppen, sondern ein Kabinett der Persönlichkeiten bilden will, mit denen er hofft, eine Kammermehrheit zu schaffen, hat Herriot gebeten, seine Abgabe nicht als endgültig zu betrachten, sondern ihm morgen seine Entscheidung mitzuteilen. Sollte Herriot an seiner Weigerung, sich an einem Kabinett Briand zu beteiligen, bestehen, so wird Briand nach seinen Erklärungen an die Presse seinen Austritt dem Präsidenten der Republik zurückgeben.

Konferenz der Kleinen Entente

Weldes bei Laibach, 18. Juni. Gestern hat die Konferenz der Kleinen Entente begonnen, an der die Außenminister Rumäniens, der Tschechoslowakei und Südslaviens teilnehmen. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bilden die Besprechungen über die Militärverträge zwischen Südslaviern

und der Tschechoslowakei und Südslaviern und Rumänien, die bisher nicht erneuert worden sind. Diese Militärverhandlungen laufen unter dem offiziellen Namen „haltung der Kleinen Entente im einzelnen und als Ganzes zu den Balkanplänen Italiens“. Die größte Ueberraschung bildete aber die Erklärung des rumänischen Außenministers, daß Rumänien ein Bündnis mit Polen abgeschlossen habe. Die Mitteilung erregte in diplomatischen Kreisen das größte Aufsehen. Die Vertreter Südslaviens und der Tschechoslowakei erklärten bei der Konferenz, daß diese Tatsache einen völligen Umsturz der Grundideen der Kleinen Entente bedeute. Die Tschechoslowakei und Südslaviern seien darüber einig, daß sie niemals einen Vertrag eingehen können, der sich in irgend einer Weise gegen Rußland richte. In der russischen Frage müßten sich Südslaviern und die Tschechoslowakei stets freie Hand vorbehalten. Sie seien aber bereit, die französische Absicht zu unterstützen, so lange nicht abzurufen, bis auch Rußland sich zur Entwaffnung bereit erklärt habe.

Giftgas gegen das Rif

Madrid, 18. Juni. Die Tatsache des Todes sämtlicher von Abd el Krim gefangener spanischer Offiziere wurde bis heute von der spanischen Presse mit Stillschweigen übergegangen. Die Erklärung für diese merkwürdige Zurückhaltung ist folgende: Die spanischen Flieger verwendeten während der letzten Kämpfe im Rif-Gebiet fast ausschließlich Giftgasbomben, die über den meisten Dickschichten des Rif abgeworfen wurden und dort ihre furchtbaren Wirkungen hervorriefen. Dies ist auch der Grund für den raschen Zusammenbruch des marokkanischen Widerstandes. Um das Bombardement zu verhindern, brachte Abd el Krim viele gefangene Spanier in die bedrohten Gebiete, wo sie nach und nach den Tod fanden, da die spanischen Flieger weiterhin mit Giftgasen arbeiteten. In Spanien wurde über die Verwendung der Giftgase nichts bekanntgegeben.

Die Kirchen warnen vor dem Volksentscheid

Aus kirchlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Die evangelische wie die katholische Kirche haben sich gegen den Volksentscheid vom 20. Juni erklärt. Warum? Einzig, weil jede entschädigungslose Enteignung deutscher Volksgenossen von ihrem Vermögen ein Unrecht ist. Die Kirchen sind Gegner jedes unrechtmäßigen Besitzes, deshalb Fürsten sowohl wie beim Inflationsgewinnler. Deshalb sind sie auch dagegen, daß man irgend einem Volksgenossen, sei er Fürst oder Arbeiter, seinen gesamten rechtmäßigen Besitz wegnimmt. Die Kirchen vertreten den Grundsatz der Reichsverfassung: „Eigentum vererbtlich. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeinsame Beste.“ Diese Forderung gilt dem Fürsten so gut wie dem schlichten Bürger, aber sie wird nicht dadurch erfüllt, daß man ihm all sein Vermögen gewaltsam nimmt. Den Kirchen ist es erste Pflicht, die Reichsverfassung zu achten. Deshalb sind sie gegen diesen Volksentscheid. Deutschen Staatsbürgern all ihren Besitz ohne Prüfung des Rechts und ohne jede Entschädigung abprechen, das zerstört die Volksgemeinschaft und schädigt den Ruf der deutschen Republik. Die Kirchen haben sich mit allem Nachdruck gegen eine gerechte Aufwertung im Interesse des kleinen Mannes eingesetzt. Sie haben das Recht, nun auch vor der entschädigungslosen Enteignung der Fürstenthümer von all ihrem Besitz zu warnen. Die Sparer setzen sich selbst ins Unrecht, wenn sie irgend einer solchen Enteignung zustimmen. Die Kirchen haben ein Herz für die Not des Volkes und beweisen das durch weitverbreitete Fürsorgearbeit. Aber sie wollen keine Fürsorge mit unrechtem Gut. Die Kirchen fordern eine Vermögensausgleichung zwischen Staat und Fürsten nach Recht und Billigkeit. Dafür gibt es andere Wege als diesen Volksentscheid; ein Gesetzentwurf nach den geforderten Grundsätzen ist dem Reichstag vorgeschlagen. Nichts ist leichter, als jetzt die Volksgemeinschaft aufzurufen für den Volksentscheid; aber wo bleibt das Volksgewissen?

Die Kirchen warnen, der Fürstenteignung zuzustimmen — um des Gewissens willen!

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 18. Juni.

Der Landtag beendigte heute die Einzelberatung des Etats des Innern. Bei den Kap. Vessentliche und Soziale Fürsorge kam die Hochwasserkatastrophe in Oberschwaben zur Sprache. Redner aller Parteien setzten sich für Hilfsmassnahmen ein und Minister Boitz teilte mit, daß sich die Schäden nach vorläufiger Schätzung auf 4—5 Millionen Mark, davon 3,8 Millionen für Privatpersonen, 400 000 bis 500 000 Mark für die Gemeinden betragen.

50 000 Mark hat die Regierung sofort zur Verfügung gestellt, 20 000 Mark die Zentralleitung für Wohltätigkeit. Ein Aufruf zur Sammlung im ganzen Lande für die Hochwassergeschädigten wird heute oder morgen erfolgen, ferner will die Regierung den Landwirten und Industriellen Darlehen geben, Steuerstundung und Steuernachlaß gewähren und sich auch an das Reich wegen der Gewährung von Reichsmitteln wenden. Das Fürsorgewesen wurde gleichfalls näher besprochen. Auf die erhobenen Einwände erklärte der Minister, daß auf dem Gebiet des Fürsorgewesens heute mehr getan werde, denn je und daß er keinen Grund sehe, die Wohlfahrtspflege ganz dem Wirtschaftsministerium zu übertragen. Ein eigenes Fürsorgegesetz hielt der Minister nicht für notwendig. Angenommen wurde ein Antrag Pland (Dem.), bei den Fürsorgeämtern eine allgemeine und planmäßige Fürsorge für die Trunksüchtigen und ihre Familien im engen Zusammenwirken mit den alkoholgeschädigten Vereinen durchzuführen, desgleichen einige Ausschüßanträge betr. Aufnahme einer Staatsanleihe und deren Verzinsung und Tilgung aus den Mitteln der Kraftfahrzeugsteuer, Berücksichtigung der bedrängten Gemeinden und Amtskörperchaften bei den Straßenbaubeträgen und nachdrückliche Korrektur von Murr und Rems. Sodann begann das Haus die Beratung des Finanzetats. Dabei teilte Finanzminister Dr. Dehlinger mit, daß die Verhandlungen mit dem Reich bezüglich der Abfindungssumme für die Ueberführung der württ. Post nach im Gange sind. Die bisherige Abschlagszahlung von 3 Millionen Mark wurde dem Grundstock zugeführt und ist für den Bau des staatlichen Geschäftshauses an der Königstraße vorgesehen. Die rückständigen Beiträge der Gemeinden zu den Lehrerbefoldungen betragen 1,2 Millionen M. Gehaltsaufbesserung konnte der Minister für keine Beamtengruppe in Aussicht stellen, da die Tendenz der Regierungsgänge bei den Gehältern von jetzt an abwärts geht. Es sind Vereinbarungen im Gange, daß kein Staat über die Reichsbefoldungsordnung hinausgeht. Gegen die Veröffentlichung monatlicher Ausweise über die Einnahmen und Ausgaben des Staates äußerte der Minister Bedenken, doch erklärte er sich bereit, dem Finanzausschuß monatlich Mitteilungen darüber zu machen. Nächste Sitzung morgen vormittag.

Württemberg

Stuttgart, 18. Juni. Vom Rathaus. Im Gemeinderat wurde gestern über die Frage der Aufhebung des Fahrverbots für Kraftwagen auf verschiedenen Höhenstraßen an Samstagmorgens sowie an Sonn- und Festtagen verhandelt. Diese Aufhebung wurde abgelehnt, festgelegt wird die mit Rücksicht auf die Fußgänger nötige Herstellung eines staubfreien Belags der Straßen und von genügend vielen, bei jeder Witterung gangbaren Nebenwegen zu diesen Straßen durchgeführt ist. Für die Unterführung der Waldbühnenstraße unter der Remstalbahn wurden 300 000 Mark bewilligt.

Stuttgart, 18. Juni. Arbeitsmarktlage und Erwerbslosenfürsorge. Die Arbeitsmarktlage ist gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich verändert. Die Zahl der Unterstützungsempfänger im Arbeitsnachweisbezirk Stuttgart betrug am 15. Juni 6115 männliche und 2096 weibliche, zusammen 8211 Personen.

Ernennung. Durch die Ernennung des Generalkontrahenten Wöllmarth, bisher Infanterieführer V und gleichzeitig württembergischer Landeskommandant, zum Kommandeur der 4. Division, ist die Stelle des württ. Landeskommandanten frei geworden. Als ältester in Württemberg nunmehr diensttuender württ. Offizier dürfte für ihre Neubesetzung der Kommandeur des 13. (Württ.) Infanterieregiments, Oberst v. Greiff, in Ludwigsburg aussersehen werden.

Tagung des Deutschen Buchdruckervereins. Der geschäftsführende Ausschuss und der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins, der wirtschafts- und sozialpolitischen Vereinigung der deutschen Buchdruckerbetriebe, tagten vom 16. 6. ab in Stuttgart, um über wichtige das gesamte Buchdruckgewerbe angehende Fragen zu beraten. Bei dieser Gelegenheit wurden die Neugewählten des Kreis IV (Württemberg) im Obgange ihrer Bestimmung übergeben. Der Kreisvorsitzende, Herr A. Walcker, begrüßte die Erschienenen mit herzlichem Worten und gab einen Rückblick über die Geschichte des Kreis IV. Besondere Verdienste um die Entwicklung des Kreisvereins haben sich die Herren Kommerzienrat Kraus, Ehrenmitglied des Deutschen Buchdruckervereins und des Kreis IV, Kommerzienrat Kieger, Ehrenvorsitzender des Kreis IV und Heinrich Strecker, Ehrenmitglied des Bezirksvereins Stuttgart, erworben.

Vom Taae. Am 16. Juni wurde in Mülhausen a. R.

Schwere Ketten.

Erzählung von R. Arnfeldt.
Autorisierte Uebersetzung.

68

Die letzten Worte wurden in diesem Sämerz und mit einem leisen Anfluge von Bitterkeit gesprochen. Der Gerichtsrat versand sie sehr wohl und sagte teilnahmsvoll: „Wo eine so furchtbare Katastrophe plötzlich über eine bis dahin glückliche Familie hereinbricht, wie dies in Wendenburg geschehen, ist es erklärlich und entschuldbar, wenn Hakt und Urteil verloren gehen.“

„Ich begreife das“, versetzte sie leise, „und scheide ohne Graß.“

„Darauf ich fragen, wohin Sie sich wenden wollen?“ fragte der Gerichtsrat.

„Ich weiß es selbst noch nicht“, entgegnete sie, „nur mit Mühe die Tränen zurückhaltend, nur weit, recht weit von hier, wo mich niemand kennt, niemand eine Ahnung hat von allem, was mir hier begegnet ist.“

„Vielleicht kehren Sie in Ihr Vaterland zurück, Sie haben dort noch Angehörige?“ fragte der Gerichtsrat.

„Wie kommen Sie darauf? Was wissen Sie davon?“ fuhr sie auf und Totenblässe überzog ihr Gesicht.

„Nichts, als daß gestern dieser Brief aus Schweden für Sie eingetroffen ist“, entgegnete er, sie mit Verwunderung betrachtend. „Da keine Anzeige mehr gegen Sie vorliegt, habe ich mich nicht für berechtigt gehalten, ihn zu eröffnen. Wollen Sie ihn lesen?“ fügte er hinzu, indem er sich in eine Fensternische zurückzog.

Herta trat an das andere Fenster und entfaltete das Schreiben. Glühende Rote und Totenblässe wechselten auf ihrem Antlitz, während sie las. Es ging wie ein heftiges Rattern durch ihren Körper. Große, schwere Tränen ran-

nen aus ihren Augen die Wangen herab, unfähig, sich aufrecht zu erhalten, sank sie auf einen Stuhl.

Der Gerichtsrat, der ihre Bewegung gewahrte, trat teilnehmend zu ihr.

„Sie haben eine traurige Nachricht erhalten?“ fragte er.

„Eine traurige Nachricht und doch eine Freudenbotschaft“, erwiderte sie leise weinend. „Ein Unalücklicher, ein Einsamer, Ausgestoßener hat endlich die ersehnte Ruhe gefunden. Möge ihm die Erde leicht sein!“

„Amen!“ sagte der Gerichtsrat unwillkürlich, und es herrschte ein tiefes Schweigen in dem Zimmer.

Nach einiger Zeit erhob sich Herta. Sie hatte sich gefaßt und fragte mit ruhiger Stimme, durch die aber noch eine tiefe Bewegung nachzitterte: „Ich vermute, daß ich mich jetzt entfernen darf, Herr Gerichtsrat?“

„Noch einen Augenblick; es handelt sich nur noch um eine kleine Formalität“, war die Antwort. „Bitte, folgen Sie mir.“

Er führte sie über den Korridor nach einem Teile des Gerichtsbüroes, in dem es freundlicher und wohllicher aussah, öffnete ein gut möbliertes Zimmer und ließ sie eintreten, folate ihr aber nicht. Herta tat einige Schritte vorwärts, stieß einen leisen Schrei aus und wolle sich wieder der Tür zuwenden, aber die Kräfte verließen sie. Sie sanken, Richard von Wendenburg hinzu, fing sie in seinen Armen auf und führte sie zum Sofa.

„Herta“, sagte er, „ist Ihr Graß so tief, daß Sie meinen Blick nicht sehen, daß Sie mir nicht einmal gestatten wollen, Sie wiederzusehen —“

Sie unterbrach ihn. „Ich atolle Ihnen nicht, Herr Patron, welches Recht hätte ich dazu? Ist auch die schwerste Schuld von mir genommen, bin ich auch freigesprochen vom Standpunkt des Gesetzes, es bleibt doch noch genug, mich

schuldig, tief schuldig in Ihren Augen erscheinen zu lassen, und deshalb lassen Sie mich gehen.“

Sie wollte sich vom Sofa erheben, er legte die Hand auf ihren Arm und drückte sie nieder.

„Weilben Sie, Herta, bleiben Sie“, bat er, und Herta durchschauerte es mit süßem Wehen beim Klang dieser geliebten Stimme; „lieben Sie mich nicht!“

Welche Zweifel auch an ihm genaht haben mochten, wie Nebel vor der Sonne verschwanden sie beim Anblick dieses edlen Gesichtes, demummer, Gram und Kerkerluft die bleiche Farbe aufgedrückt und tiefe Linien gegraben hatten, ohne doch seiner Lieblichkeit Eintrag tun zu können. Wenn diese Augen logen, so gab es keine Wahrheit mehr auf der Welt.

„Es war nicht recht von mir, in das Haus Ihres Vaters zu kommen und meine Vergangenheit zu verschweigen“, fuhr sie fort. „Ich habe die Lüge schwer gebüßt — viel, viel schwerer, als Sie ahnen, doch nun ist alles über: lassen Sie mich gehen.“

„Wohin, Herta?“ fragte er.

Sie zuckte schmerzlich zusammen. „Gleichviel wohin, nur fort von hier, wo ich gebrandmarkt bin.“

„Herta, nicht ein solches Wort, das ich von niemand dulden würde, denn ich glaube an Sie!“ rief er in aufstimmender Begeisterung.

Sie hob den gefenkten Kopf, das Auge belebte sich, ein rosiges Glanz lag über ihr Gesicht, der Mund öffnete sich halb, als wolle er einen belebenden, erfrischenden Luftzug auffangen.

„Sie glauben an mich“, wiederholte sie, zu ihm aufschauend, „und wissen doch, daß ich —“

(Fortsetzung folgt.)



eine unbekannte weibliche Leiche aus dem Neckar gelandet, die nur einige Tage im Wasser gelegen sein dürfte. Die Tote ist etwa 65 Jahre alt. — Auf der Kreuzung der Landhaus- und Teckstraße fuhr ein 15 Jahre alter Radfahrer auf einen Personentransportwagen auf. Mit einer Gebirnerfütterung mußte der junge Mann ins Karl-Olga-Krankenhaus eingeliefert werden.

Aus dem Lande

Köngen O. M. Eßlingen, 18. Juni. Schwere Unglücksfälle. Als Gutspächter Kahmaier vom Verchenhof mit dem hiesigen Landwirt F. Schopper mit Stammholzführen beschäftigt war, blieb in dem ganz durchweichenden Waldweg der geladene Wagen im Schlamm stecken. Beim Herauswinden brach die Kette, mit der die Stämme zusammengebunden waren und ein herabfallender Buchenstamm warf Kahmaier auf den Boden und zerquetschte ihm die ganze rechte Seite.

Gingen a. F. 18. Juni. Ertrunken. Auf dem Heimweg vom Kinderspital ist ein drei Jahre altes Kind in den Mühlkanal gefallen. Das Kind ertrank und konnte nur als Leiche am Rechen der Untermühle gelandet werden.

Heilbronn, 18. Juni. Erwerbslose als Schüler. Als hier die Zahl der Erwerbslosen immer mehr anwuchs, entschloß sich das Arbeitsamt, die gesamten Erwerbslosen bis zu 25 Jahren zwangsweise in einen geordneten Bildungslehrgang einzurufen. Die Organisation wurde der „Volkshochschule“ übertragen, die eine Schar von über 400 jungen Menschen in 5 Abteilungen von je ca. 30 Mann bei insgesamt wöchentlich je 4 Einzelstunden für jede Abteilung zu erfassen sucht.

Freilbrunn, 18. Juni. Seltenes Jagdglück. Auf der Gemeindegagd Untergruppenbach wurden von den Jagdpächtern Daun und Kock an einem Tag vier kapitale Scherböcke geschossen.

Grumbach O. M. Neuenbürg, 18. Juni. Ein schlagfertiger Polizeibeamter. Der Polizeidiener kam abends in die Wirtschaft zum „Hirsch“ um abzuhauen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit einem Gast, auf den der Polizist mit dem blanken Seitengewehr einschlug. Er verletzte ihn am Arm und im Gesicht. Der Polizeidiener wurde vorläufig seines Amtes enthoben.

Eßlingen O. M. Mergentheim, 18. Juni. Automobilzugammenstoß. Bei der Einmündung der oberen Gasse in die Mergentheimer Straße ereignete sich ein heftiger Automobilzugammenstoß, wobei der Führer des einen Autos, Elektrotechniker Karl Brünner von Mergentheim, aus dem Auto geschleudert wurde. Er erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen.

Reutlingen, 18. Juni. 15 v. H. Umlage. Der Vorschlag der Stadt schießt ab in Einnahmen mit 2 208 681 Mark, in Ausgaben mit 3 297 915 Mark. Es ergibt sich somit ein Abmangel von 1 089 234 Mark. Zur Deckung beschloß der Gemeinderat einstimmig eine Umlage von 15 v. H.

Freudenstadt, 18. Juni. Von den Toten auferstanden. Den Geschwistern des seit 1916 vermißten und an der hiesigen Gedentafel stehenden Max Haug, Sohn des verstorbenen Pfäferschmieders Haug beim Adler, wurde die Mitteilung gemacht, daß ihr vermeintlich gefallener Bruder Max in Mühldorf an der Donau im Krankenhaus liege. Der Besuch des Bruders David hier bestätigte die Wahrheit der Nachricht. Der Zustand des Bruders soll jedoch leider infolge einer schweren Lungenkrankheit fast hoffnungslos sein.

Sulz a. N. 18. Juni. Brand. Am Mittwoch brach in einem städt. Magazin, dem sog. Hürdenhaus, in nächster Nähe der Turnhalle Feuer aus. Die in Massen aufgestapelten Holzgeräte boten dem Feuer reichlich Nahrung. Es gelang, den bedrohten Turnhallenanbau, der bereits an seiner Giebelseite Feuer gefangen hatte, zu retten. Das Hürdenhaus selbst, das größtenteils aus Breitereu erstellt war, brach alsbald zusammen.

Oberndorf a. N. 18. Juni. Verurteilt. Vom Rottweiler Gericht wurde Kaufmann Joh. Kammerer von hier wegen Unterschlagung zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte die Zweigstelle der Württ. Sparkasse verwaltet und eine große Summe dieser Kasse für sich verbraucht und dabei Einträge entweder unterlassen oder unrichtig gemacht. Auch die Barvermögen des Militär- und Radfahrervereins, deren Kassier er war, sind durch seine Untreue den beiden Vereinen verloren gegangen. Ueber sein Geschäft ist der Konkurs ausgedrohen. Seine Frau mußte in einer Heilanstalt untergebracht werden, der Kinder haben sich Verwandte angenommen.

Göppingen, 18. Juni. Bahneröffnung. Die Betriebseröffnung der Bahn Göppingen-Boll, die auf Mittwoch, 30. Juni, festgesetzt worden ist und unter Beteiligung des Staatspräsidenten und sonstiger Mitglieder des Staatsministeriums, stattfinden wird, ist zugleich als ein amtlicher Besuch der Stadt Göppingen durch den Staatspräsidenten gedacht.

Hattenhofen O. M. Göppingen, 18. Juni. Streit mit tödlichem Ausgang. Fritz Liebrich im Hofe hatte am Sonntagabend Streit mit seinem 68jährigen Schwiegervater Friedrich Bausch, gebürtig aus Boll. Im Verlauf des Streits versetzte Liebrich dem alten Mann einen Stoß mit dem Stiefelabsatz in die Kehlkopfgegend. Nach vier Stunden verschied der alte Mann. Ob der Schwiegervater infolge des Schlags gestorben ist, steht nicht endgültig fest.

Ulm, 18. Juni. Militärischer Besuch. Seit gestern weilen zwei Lehrgänge der Infanterieschule, derzeit in Ohrdruf stationiert, in unserer Stadt. Der Aufenthalt der Besucher, bei denen es sich um eine große Zahl Fahnenjunker-Unteroffiziere handelt, ist auf drei Tage berechnet und gilt der Besichtigung der Festung und alten Stadt.

lokales.

Wildbad, den 19. Juni 1926.

1. Wahlversammlung zum Volksentscheid. Daß die Frage des Volksentscheids das Volk doch mehr interessiert, als viele geglaubt haben, konnte man an dem starken Besuch der gestrigen, von der Deutschnationalen Volkspartei in die Turnhalle einberufenen Wahlversammlung erkennen. Herr Apotheker Stephan eröffnete dieselbe, die Erschienenen bewillkommend und auf die tiefe Bedeutung des diesmaligen Wahlganges hinweisend und dann dem Referenten des Abends, Herrn Alfred Roth aus Stuttgart, das Wort erteilend. Tiefstehend legte derselbe den Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei zu dieser Frage eingehend dar. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Mit der Mitteilung, daß für den Fall, daß der Volksentscheid ein „Ja“ bringt, derselbe dann noch

lange nicht Geseh sei, sondern daß es auch noch anders kommen könne, hatte er offenbar die zahlreich anwesenden Gegenparteiener gereizt, es wurde unruhig und Herr Apotheker Stephan erklärte die Versammlung für geschlossen. Allein er hatte offenbar nicht mit den zahlreich anwesenden Kriegsverletzten gerechnet, deren Sprecher als Diskussionsredner zum Wort kommen wollten. Herr Stephan gab nach. Waren schon die Ausführungen des Herrn Dr. Weidner durch Unruhe so gestört, daß man sie hinten im Saal nur schwer hören konnte, so war das nur ein Anfang. Die drei Sprecher der Kriegsverletzten machten aus ihren gepreßten Herzen keine Mühseligkeit und legten ihren Standpunkt dar, vom Beifall ihrer Parteigenossen unterstützt. Das Schlüsselwort des Herrn Roth war in der nun einsetzenden Unruhe nur noch in abgerissenen Sätzen hinten verständlich. Solch eine unruhige Wahlversammlung hat Wildbad wohl schon lange nicht mehr erlebt. Möge nun die Wahl selbst zum Wohle des unglücklichen deutschen Volkes ausfallen!

Landestheater. Sonntagabend 8 Uhr gelangt der moderne Tanz-Operetten-Schlager „Die verkaufte Frau“ von Walter Kollo in vollständiger Neueinstudierung erstmals zur Aufführung. Die Hauptpartien liegen in Händen von: Mary Luber, Trude Reis, Walter Fischer-Achten, Ludwig Lang, Norbert Scharnagl, Paul Schmid, Egid Torriff; musikalische Leitung: Ph. Rypinski. — Montag und Dienstagabend kommt Arnold u. Bach mit seinen immer mit den größten Lacherfolgen aufgeführten Schwankneheiten zum Wort. Montag um 8 Uhr wird der Schwank-Schlager „Der wahre Jakob“, Dienstag „Vertagte Nacht“, mit Walter Fischer-Achten in den Hauptrollen, gegeben. — Mittwoch wird der erfolgreiche Operetten-Schlager „Dolly“ von Hugo Hirsch erstmals wiederholt.

Vortrag. Am Dienstag, 22. Juni, 9 Uhr abends, wird Frau Anni Kalähne aus Danzig in der Halle des König Karl-Bades über die Deutsche Ostmark, insbesondere über das schwere Schicksal Danzigs, sprechen. Frau Kalähne ist die Tochter des bekannten Geschichtsprofessors Dietrich Schäfer. Durch ihr Elternhaus wurde schon früh in ihr ein starkes Verständnis und lebhaftes Mitempfinden für die deutsche Geschichte und für das deutsche Schicksal wach. Enge Bande knüpfen Frau Kalähne an unsere schwäbische Heimat. Ihr Vater war vom Jahre 1888 bis zum Jahre 1896 an der Tübinger Universität Geschichtsprofessor. Die Liebe zum schwäbischen Lande, das Frau Kalähne ganz Heimat geworden war, lebt noch heute in ihrem Herzen. Seit 1906 lebt Frau Kalähne als die Frau eines Hochschulprofessors in Danzig. In der Revolutionszeit und in der Zeit der polnischen Schreckensherrschaft in Danzig, die ja leider heute noch fortbesteht, stellte sich Frau Kalähne als mutige Kämpferin für die deutschen Belange in die Reihen der Deutschnationalen Volkspartei. Sie ist seit dem Jahre 1919 Mitglied des Volksrats der freien Stadt Danzig. Frau Kalähne sagt selbst: „Die Notjahre des deutschen Ostens, besonders das schwere Leid, das über Danzig liegt, haben mich zur Ostmärkerin gemacht. Herz und Kraft opfere ich dem Land, mit dem ich deutsche Not durchlebte. Aber die Sehnsucht und die Liebe zum sonnigen Süden sind mir geblieben.“ — So ist zu erwarten, daß die Ausführungen dieser ferndeutschen Frau uns einen tiefen und wahren Einblick geben in den Leidensweg unserer Volksgenossen im Osten. Durch einen recht zahlreichen Besuch soll das Mitempfinden von uns Schwaben für die schwergeprüfte Ostmark zum Ausdruck kommen.

Sitzung des Gemeinderats am 17. Juli 1926.

Notstandsarbeiten. Die Ausführung der letzten Strecke des Jägerwegs mit einem Aufwand von 2750 Mk. als Notstandsarbeit und die Vergebung des Wegs im Wege des schriftlichen Angebots wird genehmigt und um die Beiträge aus der Erwerbslosenfürsorge nachgesucht. Sobald letztere bewilligt sind, wird mit dem Wegbau begonnen werden. Es dürfen nur Erwerbslose und zwar zunächst nur Familienväter bei dem Wegbau beschäftigt werden.

Markungsgrenzausgleich mit Calmbach. Infolge der Anlegung des neuen Waldfriedhofs auf einem auf Markung Calmbach gelegenen Gelände ist ein Markungsgrenzausgleich nötig geworden. Der von Oberamtsgeometer Haigis hierzu gemachte Vorschlag und Plan, der vom Gemeinderat Calmbach genehmigt wurde, wird gutgeheißen.

Sonntagskonzerte der Kurlapelle. Da durch die Abperrung der Sonntagsfrühkonzerte in der Trinkhalle für Passanten und Einwohner und durch die Aufhebung der Sonntagnachmittagskonzerte auf dem Kurplatz eine große Schädigung der hiesigen Geschäftsleute eingetreten ist, wird einstimmig beschlossen, in einer wiederholten Eingabe an das Finanzministerium um Herstellung des früheren Zustands zu bitten.

Mühlgasse. Die Ausbesserung der sehr defekten oberen Mühlgasse durch einen neuen Betonbelag mit einem Aufwand von 500 Mk. wird genehmigt. An die Herstellung des Wegs wird die Bedingung geknüpft, daß die dortigen Gebäudeeigentümer die noch vorhandenen offenen Wasserläufe in die Enz beseitigen.

Lagerplatz auf dem Bahnhof. Die Mietung eines 600 qm großen Lagerplatzes auf dem Bahnhof um einen monatl. Mietzins von 37 Mk. 50 Pf. für Zwecke der Lagerung städt. Materialien wird genehmigt. Der seither gemietete zu kleine Platz soll hiegegen geräumt werden.

Vergabung der Bauarbeiten. Die Gipser-, Schreiner- und Glaserarbeiten zum neuen Batteriehause werden auf Grund der eingereichten Angebote an den Mindestfordernden vergeben. Die Frage, ob künftig die Arbeiten dem niedersten Gebot zugeschlagen werden sollen oder dem Mittelgebot, wird in längerer Beratung erörtert. Für diesmal blieb es noch beim niedersten Gebot.

Elektrische Speiseleitung der Baegnerstraße. Diese Leitung muß neu verlegt werden, da die Masten der alten Leitung abgefaul sind und umzufürigen drohen. Der Vorschlag für die neue Leitung als Kabel verlegt

beläuft sich auf 9500 Mk., mit Masten 7500 Mk. Der Gemeinderat entscheidet sich für erstere Ausführung, da sie zweckmäßiger und dauerhafter ist. Sie soll anfangs September in Angriff genommen werden.

Viegehallen im Sommerberg. Die schon letzten Herbst beschlossene Herstellung von 2 Viegehallen auf dem Skifeld im Sommerberg soll jetzt erfolgen. Der Vorschlag beziffert sich auf 1500 Mk. Die Arbeiten werden im Wege des schriftlichen Angebots vergeben.

Es folgen noch Schätzungen und Verwaltungssachen.

Evang. Gottesdienst. 3. S. n. Dr., 20. Juni, 9^{1/2} Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 1 Uhr Christenlehre (Töchter): Stadtpfarrer Dietrich. 8 Uhr abends, Bibelstunde: Derselbe. — 9^{1/2} Uhr Predigt in Sprössenhäusern: Stadtpfarrer Dietrich. Im Anschluß Christenlehre. — Donnerstag, den 24. Juni, nachm. 4 Uhr im Katharinenstift: Biblische Andacht: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Kath. Gottesdienst. 4. Sonnt. n. Pfingsten, 7 Uhr Frühmesse, 8 Uhr hl. Messe, 9 Uhr Predigt und Amt, 1^{1/2} Uhr Christenlehre und Andacht.

Werktags: Täglich 7 Uhr hl. Messe.
Beicht: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag und Werktag vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonntag u. Werktag bei der hl. Messe.

Fridericus Rex-Film. Der bekannte und in aller Welt berühmte „Fridericus Rex“ Darsteller Otto Gebühr kommt auf zwei Tage persönlich nach Pforzheim. Der Direktion der Pforzheimer Kammer-Lichtspiele ist es unter Aufwand erheblicher Kosten gelungen, Herrn Otto Gebühr für ein zweitägiges Gastspiel zu verpflichten. In der Uniform des „Alten Fritz“ wird Herr Gebühr sich dem Pforzheimer Publikum präsentieren. Nachdem die Filme „Fridericus Rex“ und „die Mühle von Sanssouci“ einen unvergleichlich großen Erfolg zu verbuchen hatten, darf man wohl damit rechnen, daß ein jeder, der diese Filme gesehen hat, auch gern einmal die persönliche Bekanntschaft mit dem großen Heldendarsteller machen möchte. Herr Gebühr ist zuletzt in Baden-Baden aufgetreten und hatte auch dort wie überall einen großen Erfolg. Als Film läuft der erst vor kurzem aufgeführte Fox-Film: „Die Mühle von Sanssouci“, und tritt Herr Gebühr nach dem fünften und letzten Akt vor das Publikum. Es ist zu empfehlen, die Nachmittags-Vorstellungen nach Möglichkeit zu besuchen, da des abends ein großer Andrang zu erwarten ist.

„Ach August, seitdem ich Dr. Thompson's Seifenpulver kenne, hab ich keine Angst mehr, Dich zu heiraten.“



DE THOMPSONS
TOILET-SEIFE
SEIFENPULVER

Kammer-Lichtspiele
PFORZHEIM

Eine freudige Ueberraschung für jeden Besucher bildet das

Gastspiel Otto Gebühr
des unvergleichlichen Darstellers des

„Fridericus Rex“
Herr Otto Gebühr stellt sich am

Samstag und Sonntag
in der Uniform des

„Alten Fritz“ persönlich unserm verehrten Publikum vor.
Gleichsam als Festakt bringen wir zu diesem persönlichen Gastspiel

Die Mühle von Sanssouci
der beste Film dieses Heldendarstellers

Beginn 2 Uhr nachm. Samstag u. Sonntag
Jugendliche haben Zutritt.

1. Frage u. Antwort.
Was hilft bei Hornhaut auf der Sohl?
Die Ballenscheibe Lebewohl!



* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Böhmer-angen-Lebewohl für Leben und Lebewohl-Ballenscheiben für die Fußsohle. Jede Dose (8 Ballen) 75 Pf. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße u. Fußschmerz Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: Med.-Drog. Gebr. W. & H. Schmid.

Pfannkuch

Feinste
Bollmilch-Schokolade
„Bensdorp“
3 Tafeln à 100 gr.
1.- M.

Feinste
Bensdorp
Speise-Schokolade
3 Tafeln à 100 gr.
90 Pfg.

Crème-Pralinen
1/2 Pfd. **18** Pfg.
von an

Erfrischungs-Bonbons
1/2 Pfd. **16** Pfg.
von an

Pfefferminz

Pfannkuch

Ein wenig gebrauchtes
Pianino
unter Garantie, sowie ein
Tafel-Klavier
äußerst günstig
abzugeben.
F. S. Ackermann,
Pianofortefabrik
Stuttgart, Silberburg-
straße 136, Tel. 1685
Samstag nachmittag
geöffnet.

Singhühner
beste Legeh. lief.
Geflügelhof in Mergent-
heim P. 113. Preisliste frei. Wieder-
verkäufer an allen Orten gesucht.

Schotterbeifubraktord.
Die Beifubr von 75 cbm Schotter vom Steinbruch in
Abt. Steinweg auf Kohlweg, Bächlesweg und Grundweg
wird am 21. Juni abends 6 Uhr auf dem Rathaus
vergeben.
Wildbad, den 18. Juni 1926.
Stadt. Forstamt.

Forstamt Wildbad.
Reisig-Berkauf.
Am Dienstag, den 22.
Juni 1926, nachm. 6 1/2 Uhr
im Gasth. „Waldluft“ beim
Christofshof aus Abt. 2, 4
Schüttlesau, 2, 40 Mühltrain
2, 46 Böschtüte, zusammen
1900 Wellen Nadelreisig in
Flächenlöfen.

Einige Zentner
alte Kartoffeln
hat abzugeben
A. Blumenthal.

6 1/2 % Reichsbank-Diskont!
1-50000 M. Beträge beab-
sichtigt kapitalstr. Interessen-
tenkreis günstig anzulegen.
Näheres durch F. Mattner,
Berlin, Nr. 12, Bundes-
rats-Ufer 8

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden ist edles
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brenneselein.
Stadtapothete Wildbad

Nur heute noch
Butter
1.60
(Pfundpreis)
Hotels und Pensionen
erhalten bei uns stets
Wiederverkaufspreise.
A. Bender & Söhne

Landes-Kurtheater
Direktion: Steng-Krauß
Telephon 135
Samstag, den 19. Juni
Das Dreimäderlhaus
Singspiel in 3 Akten von
Franz Schubert-Berté.
Sonntag, den 20. Juni
Die vertauschte Frau
Operette in 3 Akten von
Walter Kollo.
Anfang 8 Uhr.

Sonder-Angebote bedeutend
herabgesetzte Preise
in
Herren-Artikel
Oberhemden ^{weiß u. farblich} Kragen
Einsetzungshemden Krawatten
Socken Sportstrümpfe
Trikotunterwölche
Otto Wieser WILDBAD
HAUS KLOSS
König Karlstr.

Denkbar **größte Auswahl**
in Schokolade und Bonbons
erster Firmen finden Sie im
Schokoladenspezialgeschäft
Hermann Pfau, Kolonnaden

Turn-Verein
Wildbad

Abfahrtszeiten der Turnerinnen u. Turner zum
Gauturnfest Obernhäusen
Turner per Auto. Abfahrtpunkt 7 1/2 Uhr v. Bahnhof.
Turnerinnen per Bahn. Abfahrt 5.15 Uhr bis Neuenbürg
Musik und Fahnenwache Abf. 11.11 Uhr bis Neuenbürg.
Der Ausschuss.

Einfamilienhaus
oder Mietshaus bei guter Anzählung in freier Lage,
womöglich mit Garten
zu kaufen gesucht.
Angebote unter A. Z. 101 an die Tagblatt-Gesch. erbeten.



la. Herren- und Damen-Fahrräder
(Qualitätsware) empfiehlt
Friedrich Schwaft,
Auto-Reparatur-Werkstätte.
Um der heutigen Wirtschaftslage zu entsprechen, gebe ich
bis auf Weiteres auf obige Fahrräder
10 Prozent Rabatt bei Barzahlung
und 5 Prozent auf Raten.
Ferner empfehle ich meine
englischen Motorräder Marke Sun Zap
von 8-22 P.-S.
Prospekte durch den Obigen.

Solitude-Lotterie
zur Erhaltung und zum Ausbau der Solitude-
Rundstrecke — Ziehung am 25. Juli 1926
5. Große Geld-Lotterie
zugunsten des Heiligkreuzmünsters in Schwäb. Gmünd
Ziehung am 16. Juli 1926
Eisenacher Geld-Lotterie
Ziehung am 28. und 29. Juli 1926
Preis des Loses je 1 Mark
Zu haben in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

LUGER

Verfuchen Sie
unsere Weine!

21er ungar.
Blattensee Fl. **90** Pfg.

roter
Silchwein Fl. **55** Pfg.
(Mittelweines)

Kreuznacher Fl. **55** Pfg.
ohne Glas!

mo. stlicher Verbrauch
über 20.000 Flaschen

Hochfeine
Schokoladen
1. Marken
Alpenvollmilch **31** Pfg.
100 Gramm-Tafel
außerdem
Suchard & Tobler
Stollwerf
Geschenkartons

la. Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6.— franko
Dampfkäse-Fabrik Reudsbura.

Sei gesund
durch Körperpflege!
Fochtenberger

Cölnisches Wasser
ist ein
Lebensquell

Zum Volkseigentum

Wer den Grundbegriff Eigentum anerkennt, wer Privateigentum hat oder hatte, erworben, ererbt oder fauer vom Munde ab-
gespart, wer für sich und seine Kinder noch etwas hat oder versucht, wieder etwas zu ersparen, wer noch etwas Eigenes hat, und sei
es noch so wenig, z. B. ein Haus, einen Acker oder etwas Hausrat, eine Gais oder Hühner, von der Großmutter einen goldenen Ring
oder sonst etwas, viel oder wenig oder noch weniger, — wer Treu und Glauben und Recht will, statt „gesetzlich gemachte“ Enteig-
nung ohne Entschädigung (das ist kein Diebstahl; das ist gemeiner Raub!), wer als Kauf- und Geschäftsmann, wer als Handwerker
Arbeit und Kredit haben will, der

Stimme am Sonntag nicht ab, der bleibe zu Hause!

Vertrauet nicht den falschen Beteuerungen der Sozialdemokratie und der Kommunisten, die Enteignung sei nur zum allgemeinen
Volkswohl. Lest deren eigene Blätter! Da steht wörtlich:

Erst die Fürsten, dann Ihr!

Enteignung ist Wegnahme von Allem, buchstäblich und restlos von Allem, was einer hat, bis auf die Taschenuhr, bis auf Rock
und Hemd, bis der kommunistisch-Sozialdemokratische Enteignungs-Wahnsinn, —

Das ist der Bolschewismus!

alles geschluckt hat!

Das ist die „Verstaatlichung“ jeglichen Privateigentums
(zu Wess'n Nutzen?)

Das ist der Hunger, — das ist absolute Rechtlosigkeit!

Das ist absolutes Elend nach Moskauer Rezept. Deswegen was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füge keinem andern zu.
Deswegen **bleibt am Sonntag zu Hause!** Deswegen **stimmt nicht ab!**

Wer aber durch besondere Umstände zur Abstimmung gezwungen ist, stecke in den Wahlumschlag einen Wahlzettel ohne Kreuzchen!

Deutschnationale Volkspartei Deutsche Volkspartei Deutschvölkische Freiheitspartei
Zentrumspartei Nation. Frauendienst Jungdeutscher Orden Hausbesitzerverein Gewerbeverein

